

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüzengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinlippige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Fernsprecher Nr. 210.

M 124.

Sonnabend, den 30. Juli

1910.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Büffensfabrikanten Karl Paul Wiedauer in Oberstüzengrün wird nach Ablaufung des Schlüstermins hierdurch aufgehoben.

Eibenstock, den 25. Juli 1910.

Königliches Amtsgericht.

Junger Jagdhund,

brann, kräftig, ist zugelassen. Abzuholen bis 1. August 1910, sonst erfolgt Verfügung darüber.

Stadtrat Eibenstock, den 29. Juli 1910.

Nr. 3 der Schankstättenverbotsliste ist zu streichen.
Stadtrat Eibenstock.

An die Bezahlung des am 1. August 1910 fällig werdenden 2. Termins Staatsgrundsteuer 1910 wird mit dem Bemerkern erinnert, daß nach Ablauf von 8 Tagen vom Fälligkeitstermin an das Betriebsverschaffung eingeleitet werden wird.

Carlsfeld, am 28. Juli 1910.

Der Gemeindevorstand.
Bauernfeind.

Ein italienischer Abrüstungsvorschlag?

Der französische Senator Gervais hat kürzlich von einem Abrüstungsplan des Königs Viktor Emanuel erzählt. Dieser Plan soll auf dem Prinzip der Festsetzung einer bestimmten Tonnenzahl für jede Marine beruht haben. Wie er im einzelnen durchgeführt werden sollte, darüber hat der französische Senator keine Angaben gemacht. Er hat aber mitgeteilt, daß das ganze Projekt an dem Widerspruch einer hohen Persönlichkeit gescheitert sei. Von einigen italienischen Blättern ist diese Erzählung aufgegriffen und auf unsern Kaiser als diejenige Person hingedeutet worden, die den Plan des Königs vereitelt hätte.

Bei einiger Sorgfalt hätten die betreffenden Blätter sich und uns diese Unfreundlichkeit ersparen können. Nachfragen bei der italienischen Regierung hätten zweifellos dasselbe Resultat gehabt, das man in Berlin feststellen muß, daß nämlich weder der Kaiser noch die deutsche Regierung jemals mit einem derartigen Plan befaßt worden sind. Die Italiener haben es wirklich nicht nötig, zu der Legende beizutragen, daß nur deutsche Halsstarrigkeit den Anbruch der allgemeinen Friedensära verhindert. Sie selber sind durch die große Küstenausdehnung ihres Landes darauf angewiesen, eine wichtige Verteidigungsschleife zu unterhalten. Und sie sind ebenso wenig geeignet, ihre Seeinteressen lediglich von der Gnade anderer Mächte abhängen zu lassen, wie es Deutschland ist.

Es kommt bei all den Erörterungen über die Beschränkung der Flottenrüstungen wenig heraus. Und es hat deswegen auch keinen Zweck, sich mit den Debatthen zu befassen, die an die Asquithsche Rede angeknüpft haben. Unsere Abrüstungsanträge sollten in diesem in ihrem Eifer etwas abgeführt werden, wenn sie sehen, daß auf der englischen Seite von niemandem der Abrüstungsgedanke unter einem andern Gesichtspunkt behandelt wird als dem der billigsten Aufrechterhaltung der absoluten englischen Überlegenheit zur See. Der praktische Engländer verleugnet sich auch in dieser Frage nicht. Hält man sich das immer gegenwärtig, so wird man sich nicht durch den Rebel humanitärer Redensarten an dem Rechte Deutschlands irre machen lassen, soweit für den Ausbau seiner Flotte zu tun, als nach Sachverständigem Urteil zu unserer Verteidigung und zum Schutz unserer Interessen notwendig ist. Wir zählen damit nur unsere Versicherungssprüche. Warum sollen wir weniger praktisch sein als die Engländer?

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Zur preußischen Wahlreform. Die „Ber. polit. Nachr.“ schreiben offiziell: Zu den Erörterungen der Presse über die Wahlreform ist zu bemerken, daß, wie dies ja auch nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten bei Einbringung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus nicht zweifelhaft sein konnte, die Staatsregierung die Durchführung der königlichen Willensmeinung in der Thronrede von 1908 nicht mit dem ersten vergeblichen Versuche als erledigt ansieht. Man hat mit unbedingter Sicherheit vielmehr darauf zu rechnen, daß der Landtag noch in der laufenden Legislaturperiode übermals mit der Frage der Wahlreform befaßt werden wird. Das aber die Frage anlangt, welche der drei Tagungen dieses Gesetzgebersabschnittes zur Erledigung der gesetzgeberischen Aufgabe gewählt werden soll, so ist dies eine Frage reiner Zivildisziplin. Dazu dabei auch die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage eine beträchtliche Rolle spielen werden, liegt auf der Hand. Man wird auch ohne weiteres anerkennen müssen, daß die Gründe, die in der Presse für die Verschiebung der Erneuerung des

Versuches zur Löschung des Wahlrechtsproblems bis nach den Reichstagswahlen angegeben werden, von erheblichem Gewicht sind. Denn für die Wahl des Zeitpunktes, zu welchem der Landtag wiederum mit der Wahlreform zu befassen ist, kommt es doch wesentlich auch darauf an, daß die Aussichten auf ein positives Ergebnis sich möglichst günstig gestalten. In dieser Beziehung aber ist es sicher von erheblichem Einfluß, wie durch das Ergebnis der nächsten Reichstagswahlen sich die allgemeine politische Lage gestaltet. Man wird daher sicher in der Annahme nicht fehlgehen, daß zurzeit die Gründe für die Verabschiedung der Wahlreform auf eine spätere Zeit noch überwiegen.

Das Rundschreiben des Präsidenten Madrid. An zuständiger deutscher Stelle wird zu dem Rundschreiben des Präsidenten von Nicaragua an die Mächte mitgeteilt, es handle sich um eine telegraphische Mitteilung des Präsidenten Madrid, die vor einer Reihe von Wochen von ihm an mehrere europäische Mächte, darunter auch Deutschland, gerichtet worden sei. Es sei nicht anzunehmen, daß die Regierung in ihrer Antwort auf diese Mitteilung dem Ersuchen des Präsidenten Madrid Folge gegeben haben.

Ein beherzigenswertes Ereignis. Die „B. R.“ haben vor kurzem die Anregung wiedergegeben, die Veteranen zu veranlassen, anlässlich des 40-jährigen Geburtstags an den großen Krieg die Orden und Ehrenzeichen öffentlich zu tragen. Auch die „Nord. Allg. Zeit.“ hat sich diesem Wunsche angelässt. In Veteranentreffen hat diese Anregung folgenden Respekt geweckt: „Die Erinnerung an die große Zeit läßt deutlich den Unterschied zwischen Einst und Jetzt erkennen. Die Männer, die ihre Gesundheit einbrachten für das Reichs-Einigkeit, daran jetzt vielfach und gedenken voll Ingratum der leeren Versprechungen, die der Reichstag ihnen gemacht. Vierzig Jahre sind seit dem Kriege vergangen und über 80 Jahre sind die meisten Kämpfer. Wer kann heute, wo junge Kräfte mehr als genug vorhanden sind, mit 80 Jahren noch den Kampf ums Dasein erfolgreich führen. Trotz allem hat das Reich für die armen Kämpfer, von denen viele auf die Gnade von Gemeinden und Angehörigen angewiesen sind, nichts übrig, die Mittel für sie fehlen, die Mistel für andere Dinge aber können beschafft werden. Die Aufforderung, die Ehrenzeichen demonstrativ zu tragen, längst bald wie Hohn, das Eiserne Kreuz auf schlechtem Stocke würde der ganzen Welt tünken, daß das große Deutsche Reich nichts übrig hat für die Bedürftigsten seiner alten Krieger.“ (Leider nur zu wahr! D. Reb.)

Frankreich.

Die Generalselectionswochen. In dieser Woche haben die Generalselections in Frankreich stattgefunden. Die französischen Generäle sind eine Art von Kreistagen für die einzelnen Departements, die sich nur mit deren Finanzbearbeitung zu befassen haben, weshalb sie auch im Jahre nur einige Tage beisammen sind. Diese Körperschaften besitzen also keinerlei politische Bedeutung, und es macht daher einen etwas komischen Eindruck, wenn versichert wird, daß das Wahlergebnis bei den 1446 Sitzen in regierungsfreudlichem Sinne ausgefallen sei. Es ist nämlich bei den Generalselections unmöglich, von den meisten Neugewählten die politische Geißenung vor Ablauf geraumer Zeit zuverlässig kennen zu lernen, da die Wahlen vollständig unter Ausschluß politischer Parteikämpfe vor sich gehen. Nur in der Stadt Algier trugen diesmal die Generalselections einen ausgesprochen politischen Charakter, da dort die Liste der antisemitischen Kandidaten gegen die der Gegenkandidaten durchging. Die unterlegenen Mandatsbewerber waren gemäßigte Republikaner. Danach zu schließen, scheint sich in der algerischen Hauptstadt wieder ein Umschwung zugunsten des Antisemitismus vorzubereiten, der dort früher das best in Händen gehalten hatte.

England.

Die drei ersten Seemächte. In Beantwortung einer Interpellation wurde in der Mittwochssitzung den Mitgliedern des Unterhauses eine gedruckte Antwort des ersten Lords der Admiraltät MacKenna zugestellt, in der eine Übersicht über die Seemächte: Englands, Deutschlands und der Vereinten Staaten gegeben wird. Nach diesem Bericht betrug die Tonnenzahl der drei großen Seemächte bei Ablauf des vergangenen Jahres: England: 2 046 125 Tonnen, Deutschland 544 073 Tonnen, Vereinten Staaten 706 107 Tonnen. In dieser Aufstellung sind nach einer Erklärung MacKennas nur die effektiven Schlachtschiffe enthalten, da seit 1906 zweit- und drittklassige Schlachtschiffe, Küstenverteidigungsschiffe, Schaluppen, Kanonenboote und Hilfschiffe nicht mehr in die Klasse der effektiven Schlachtschiffe gerechnet werden. — Wer jetzt nicht von der „deutschen Gefahr“ überzeugt ist, der ist — zahlenblind.

Die englische Schlachtflotte im Nebel verirrt. Aus London, 28. Juli, wird berichtet: Dichten Nebel lag über den Gewässern, als die Flotte gestern von Torquay in der Tor-Bai auszog, um dem Könige von England das Schauspiel einer „Schlacht“ zu bieten. Um 2 Uhr nachmittags, als der Nebel leichter geworden war, folgte das Schlachtschiff „Dreadnought“, auf dem sich der König befand, der Flotte. Zugleich stieg vom Ufer Graham White in seiner Flugmaschine auf, überholte die „Dreadnought“ und kreiste ein halbes Dutzend in bedeutender Höhe über dem Schlachtschiff. „Nicht vor König mit dem Aufgebot der ganzen Flotte hätte ihn da herabholen können“, sagte ein heutiges Morgenblatt, und weiß weiter mitzuteilen, daß auf der „Dreadnought“ ein lebhafter Meinungsaustrausch darüber stattgefunden habe, ob es möglich sei, Schiffe durch Sprengstoffe von Flugmaschinen aus zu zerstören. Die „Dreadnought“ ent schwand schließlich den Blicken und Graham White kehrte ans Land zurück. Bald darauf tönte Kanonendonner aus der Ferne, die Schlacht hatte begonnen. Der Nebel verdichtete sich wieder derartig, daß man kaum 200 Meter weit sehen konnte. Gegen 5 Uhr kam der König auf seiner Yacht zurück. Eine Anzahl Torpedoboote, ein paar Kreuzer folgten. Auch die „Dreadnought“ fuhr langsam herbei und warf Unten in der eingeschlossenen Bai. Wo war die Flotte geblieben? Es gab nur eine Antwort: „Im Nebel verirrt! Auf dem Flaggschiff herrschte nicht wenig Besorgnis — so sieht man heute morgen in den „Daily News“ — und um 6 Uhr beschloß Admiral May, mit der „Dreadnought“ und „Dido“ auf die Suche auszufahren. Der Nebel war jetzt so dicht geworden, daß die beiden Schiffe nur ganz langsam und mit der größten Vorsicht fahren konnten, und schon, nachdem eine Meile zurückgelegt war, hielt es Admiral May für angezeigt, die „Dido“ wieder zurückzuschicken. Aber auch „Dido“ konnte den Weg nach „Torquay“ nicht zurückfinden und stand sich möglich dem zuverhohlenen Jels von Duddy Hole gegenüber, wo sie Sicherheitshalber Ankerte warf. Auch die drahtlose Telegraphie verhagte in dem dichten Nebel, und die „Dreadnought“ mußte sich darauf beschränken, ihre verlorenen Schwestern durch die „Sirene“ wieder zusammen zu locken. Einige antworteten auch in der Ferne, aber um halb 8 Uhr kam das Flaggenschiff wieder allein nach Torquay zurück. Erst gegen 9 Uhr begannen sich die anderen Schiffe nach und nach einzustellen, noch spät abends fehlten noch viele. Im Ernstfalle wäre eine furchtbare Katastrophe wohl selbst nicht durch die größte Vorsicht zu vermeiden gewesen. Die Manöver mit den Torpedo- und Unterkreuzern hatten wegen des Nebels unterbleiben müssen.

Spanien.

Der Konflikt zwischen Spanien und dem Vatikan. In Madrider politischen Kreisen ver-

